

Bern, 07. Juli 2017

## **Keine politischen Rechte für Ausländer im Kanton Solothurn: SD sind erleichtert über Entscheid**

Die Schweizer Demokraten (SD) sind erleichtert über den ablehnenden Entscheid des Solothurner Kantonsrates zum Stimm- und Wahlrecht für Ausländer. Das Mitbestimmungsrecht hätte nur für die kommunale Ebene gegolten. Dabei wäre die entsprechende Einführung den Gemeinden selbst überlassen worden. Mit dieser Regelung wollte man Ausländer, die gerade einmal seit fünf Jahren in der Schweiz leben (Ausweis C), mit politischen Rechten ausstatten. Bei solchen Personen besteht jedoch kein Beweis einer gesellschaftlichen Integration. Diese findet bei den hohen Ausländeranteilen, vor allem in städtischen Gebieten, ohnehin nicht automatisch statt. Ein Stimm- und Wahlrecht sollte lediglich bei erfolgter Einbürgerung erteilt werden. Hierbei stellen die im Einbürgerungsprozess geprüften Kriterien die Grundlage für eine erfolgreiche Integration dar. Mit politischen Rechten für Ausländer würden allerdings Parallelgesellschaften gefördert, was eine Gefährdung von allgemein anerkannten hiesigen Werten zur Folge hätte (beispielsweise die unbestrittene verfassungsmässige Gleichstellung von Mann und Frau). Letztlich ist diese Forderung eine Zwängerei der Internationalisten („no borders, no nations“), welche den Nationalstaat überwinden wollen.

Adrian Pulver, SD-Zentralsekretär, Bern